

# Dresdner Nachrichten

Gründet 1856

Centralblatt: Nachrichten Dresden.  
Centralblatt-Sammelnummer: 25 241.  
Preis für Nichtabonnenten: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Sept. 1925 ist nach vorheriger Zustellung im Hause 1,50 Mark.  
Zusatzpreis pro Monat September 1 Mark. Abonnement 10 Pfennig.  
Die Münzen werden nach Goldmark berechnet; bei entsprechender 10 mm breiter  
Seite 30 Pf., die entsprechend 15 Pf. Durchmesser und Stellungszahl ohne  
Hobell 10 Pf., aufhalb 20 Pf., ab 20 mm breite Reihenmarke 150 Pf.  
"Unterhalb" 200 Pf., "Oberhalb" 10 Pf. Diese Münzen gegen Vorabenzahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 35-40.  
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl: 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Inserate nach Schriftführern werden nicht übernommen.

## Die deutschen Delegierten für Locarno.

**Die Reichsregierung besteht auf der Räumung der Kölner Zone vor Abschluß eines Sicherheitspaktes.**  
**Die Maßnahmen der Regierung zur Senkung des Preisniveaus. — Neue amerikanische Schuldenregelungsanträge für Caillaux.**

### Die deutsche Delegation.

Berlin, 30. Sept. Die Abreise der deutschen Delegation zu der Ministerkonferenz in Locarno wird am Sonnabend abends in einem Sonderzug erlaufen. Die Delegation besteht aus dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsbauernminister Dr. Stresemann, dem Staatssekretär Schubert vom Auswärtigen Amt, dem Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Smythe, Ministerialdirektor Guss, Ministerialdirektor Künder von der Reichskanzlei und dem Reichsprecher, Ministerialdirektor Dr. Kiep. Außerdem werden für einzelne Fragen einzelne Fachvertreter bestimmt, wie z. B. der Referent für Völkerbundfragen, v. Bülow, der deutschen Delegation beigeordnet werden. Mit dem Güterspersonal wird Deutschland insgesamt nicht mehr als 25 bis 30 Personen nach Locarno entsenden.

Locarno, 30. Sept. Die französische, englische, belgische, italienische und polnische Delegation werden im Grande Hotel in Locarno, die deutsche Delegation im Hotel Espanade und die tschechoslowakische Delegation im Hotel Carlton absteigen.

### Die Bedeutung der deutschen Erklärungen.

Berlin, 30. Sept. Zu der Veröffentlichung der deutschen Erklärungen in London und Paris anlässlich der Überreichung der deutschen Antwortnote auf die Einladung zum Sicherheitspakt und die darauf erfolgten Antworten der französischen und englischen Regierung erschließt die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite:

Die Reichsregierung legte Wert darauf, daß die Veröffentlichung des deutschen Schrittes, der übrigens auch in Brüssel und Rom erfolgte, möglichst bald geschah. Chamberlain und Vandervelde hatten in ihren Unterredungen mit den deutschen Missionären die Frage der Veröffentlichung offen gelassen und machte Briand am Montag Vorschläge für die Veröffentlichung, mit denen sich am Montag früh abends das Reichskabinett beschäftigte. Man beschloß, am Dienstag den Eröffnungsrede in vollem Umfang zu veröffentlichen.

Was die französische Antwort angeht, so mußte erwartet werden, daß sich Frankreich auf den Verfaßter Vertrag versteift, der den Fassus über die deutsche Schuld am Kriege enthält. In der Frage der Räumung der Kölner Zone aber hat die Reichsregierung nie darüber einen Zweifel gelassen, daß ihr die Räumung der widerrechtlich besetzten nördlichen Rheinlandzone ein Verhandlungsschritt bedeute.

An der Aussöhnung der Reichsregierung, daß sie einen Sicherheitspakt nicht abschließen kann, wenn nicht die nördliche Rheinlandzone geräumt ist, hat sich nichts geändert, und mit dieser Tatsache müssen die Alliierten rechnen.

In diplomatischen Kreisen wird es aber immerhin als ein Fortschritt angesehen, daß in der Antwort auf den deutschen Schritt in der Frage der Kriegsschuldfrage nicht wieder eine alliierte Einheitsfront in Erachtung getreten ist. Man verweist auf die wichtigen Stimmen auch im Auslande, die erst kürzlich betont haben, daß der Schuldsatz im Versailler Vertrag eine der größten Torheiten in der Weltgeschichte gewesen ist.

### Der deutsche Gesandte bei Vandervelde.

Brüssel, 30. September. Der deutsche Gesandte hat gestern nachmittag Vandervelde aufgesucht und ihm bestätigt, daß Deutschland die Einladung zur Konferenz annimmt, die am 5. Oktober in Locarno stattfindet.

Nach einer kurzen Meldung aus Brüssel wird Außenminister Vandervelde in Begleitung des Referenten im belgischen Ministerium für westeuropäische Fragen, Van Nuylen, am kommenden Sonntag nach Locarno abreisen. Der Kabinettschef im Außenministerium, Rossin, werde dort mit Vandervelde zusammentreffen. (T.L.)

### Scharfe Unsereindlichkeiten der Pariser Presse.

(Eigner Bericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 30. Sept. Trotz der nahe bevorstehenden großen Konferenz ist diese noch nicht in den Mittelpunkt des Interesses getreten. Die Zeitungen schreiben zu dem gestern veröffentlichten Notenaustausch, daß Briand ein politisches Manöver der deutschen Regierung gelsicht abgewendet habe. „Echo de Paris“ glaubt, daß man dadurch, daß offiziell von deutschen Vorbehalten nicht mehr gesprochen werde, den Schwierigkeiten nur dem Scheine nach aus dem Wege gegangen sei. Nachdem Deutschland sein Ziel aufgedeckt habe, dürfte man sich fragen, ob man von ihm besondere Konzessionen erwarten könne. — Der „Gaulois“ erklärt, daß es im Interesse der Unterhandlungen in Locarno vorguziehen sei, wenn Stresemann, die von den Nationalisten gegen den Garantievertrag und die Schiedsgerichtsverträge vorbereitete Blöcke jetzt schon abgeleitet habe. Man müsse aber gleichwohl bewußtigt sein. Die Nationalisten hätten die Kriegsschuldfrage angesprochen, um den Marshall Hindenburg vor der gerichtlichen Anklage zu retten, seither er fah auf der Seite der Kriegsschuldigen befände. Man könne aber nicht zweifeln, daß sie sich mit rein platonischen Kundgebungen zufrieden geben würden. (I.) — Der „Celaire“ äußert ebenfalls Bedenken an dem Erfolg der Sicherheitskonferenz.

Diese Pariser Neuerungen verraten einen so unfreundlichen Geist gegenüber Deutschland, daß sie im Verein mit den amtlichen Erklärungen der beiden Mächte als ein sehr läbler Aufstieg zur Konferenz bezeichnet werden müssen. Namenslich der unqualifizierte Anwurf gegen Hindenburg mag auf deutscher Seite direkt erüitternd wirken. Solche Ausschreitungen in der Presse können keinen anderen Erfolg haben, als daß sie im Sinne einer Sabotage der Konferenz wirken. Es wird dadurch das Wort Bismarcks in die Erinnerung gerufen, daß die Völker die Feindselschelben bezahlen müssen, die ihre Presse einschlägt.

### Belgien gegen jede Oligogarantie.

Brüssel, 30. September. Über die Stellung Belgiens zur Frage der östlichen Schiedsgerichtsverträge erfährt der Richterstaat des „Petit Parisien“ in Brüssel, daß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß Belgien nicht die gesuchte Verbindlichkeit für die östlichen Schiedsgerichtsverträge übernehmen werde. Es werde sich nur an dem Rheinpakt beteiligen. (T.L.)

## Die Kampfbereitschaft der Riffeute.

### Ein Interview bei Abd el Krim's Bruder.

(Durch Funkfotograf.)

London, 30. Sept. Der Richterstaat des „Daily Express“ im Hauptquartier der Riffeute sendet seinem Blatte unter dem 18. September die Inhaltsangabe einer Unterredung, die er mit Sidi Mohammed, dem Bruder Abd el Krim und Oberbefehlshaber der Riffarmee, hatte. Sidi Mohammed erklärte, während die Franzosen 200 000 Mann mit gewaltigem Kriegsmaterial an der Südfront zusammengesogen hätten, sei die ihnen gegenüberstehende Riffarmee niemals stärker als 18 000 Mann gewesen. Die Franzosen würden das Riff nicht halten können, selbst wenn sie es erobern, was ihnen seiner Ansicht nach nicht gelingen würde. Die Riffeute könnten noch ein weiteres Jahr kämpfen und würden den Krieg absetzen bis zum letzten Mann fortsetzen. (W.T.B.)

**Vor einem spanisch-französischen Sturm auf Ajdir.**  
Madrid, 30. September. Auf Grund der Fühlungnahme mit dem französischen Truppenkommando soll die gemeinsame Offensive sofort beginnen. Da sich das Befest in der Meerenge von Gibraltar befindet, wird das sofortige Einbrechen des Sturmes auf Ajdir erwartet. Die in den eroberten Stellungen der Riffeuten erbeuteten Waffen waren französischen Ursprungs. (T.L.)

### Gegen den Marokkohrieg.

Blutige Kundgebungen in Spanien.  
Rotterdam, 30. September. „Daily Mail“ meldet von der spanischen Grenze: Die Sonntagskundgebungen gegen die Fortsetzung des Marokkofeldzuges in Spanien haben in Granada und San Sebastian zu blutigen Zusammenstößen geführt. In San Sebastian soll die Zahl der Schwerverwundeten über 20 betragen, in Granada gab es 8 Tote. In Madrid befiehlt das Militär rechtzeitig die Versammlungslösung und nahm die Einberufer fest. In

### Die rumänischen Marokkoslager.

Bukarest, 30. Sept. Wie gemeldet wird, beschäftigte sich der letzte rumänische Ministerrat mit dem Ansuchen einer Gruppe rumänischer Reserveoffiziere, die mit der rumänischen Kriegsausübung aus Sympathie für die Franzosen mit einer eigenen Fliegerkolonne an den französischen Kämpfern in Marocco teilnehmen wollen. Die französische Regierung hat von diesem Vorhaben der rumänischen Reserveoffiziere bereits Kenntnis erhalten, und hat die Nachricht mit großer Freude aufgenommen. Die rumänische Königin, die erfuhr wurde, über die rumänische Fliegerkolonne das Patronat zu übernehmen, hat diesen Wunsch bereits erfüllt. Bisher haben sich 10 Reserveoffiziere gemeldet. Die rumänische Kolonne soll bis zur Beendigung des Marokkofeldzuges in Afrika bleiben.

### Sueida wieder in den Händen der Griener?

Paris, 30. September. „Echo de Paris“ zieht aus der Meldung Sarrazin, General Gamelin habe sich auf Messirey zurückgezogen, die Folgerung, daß die Kolonnen Gamelins 20 Stunden nach dem Einfall Sueida wieder verlassen mühten und daß das Siegesbulletin des General Sarrazis verfälscht war. (T.L.)

### Berliner Pressestimmen zum Nordenwechsel.

Berlin, 30. September. Die dem Reichsaußenminister nahestehende „Tägliche Rundschau“ äußert sich zur deutschen Note und den englisch-französischen Antworten folgendermaßen: Man hat in einigen Blättern lesen können, es könne uns ganz gleichgültig sein, was Frankreich zu dem deutschen Schritt sage. Im Hinblick auf die geplante Ministerkonferenz ist das jedoch nicht richtig. Die amtliche französische Stellungnahme zu der Veröffentlichung des deutschen Memorandums hätte unter Umständen so ausfallen können, daß es der deutschen Delegation unmöglich gewesen wäre, nach Locarno zu gehen. Die Meldung ist falsch, dem Kabinett habe eine französische Vorrede vorgelegen, daß Memoranum aus dem diplomatischen Schriftwechsel zurückzuziehen. Das Kabinett hat nie daran gedacht, und es ist ihm auch nie zugemutet worden, den deutschen Schritt ungelobt zu machen. Wohl aber handelt es sich um die Frage, ob der französischen Aussöhnung gegenüber an der geplanten Form der Veröffentlichung festgehalten werden sollte. Das Ergebnis der Kabinettssitzung war, daß diese Frage bejaht wurde. Es scheint, daß am Dienstag früh infolge dieser Entscheidung die Differenz stark genug war, um den Gedanken der Konferenz ernsthaft zu gefährden. Wenn es so war, so haben jedenfalls im Laufe des Vormittags dann die Dinge eine günstige Wendung genommen. Die Veröffentlichung der deutschen Antwortnote und des deutschen Memorandums gleichzeitig mit den Antworten der Befragten ist als das Ergebnis dieser Vereinbarung zu betrachten. Es wird damit ein Strich unter den Zwischenfall gezogen, und die Bahn zur Konferenz ist nunmehr frei.

Die „Kreuzzeitung“ hätte gewünscht, daß in der deutschen Antwort auf die Einladung das Festhalten der Reichsregierung an der Note vom 20. Juli als Verhandlungsgrundlage von deutscher Seite härter und deutlicher zum Ausdruck gebracht worden wäre, als dies der Fall ist. Weiterhin scheine in der Note nicht genügend betont zu sein, daß es bei der kommenden Konferenz in Locarno nur um Vereinbarungen unverbindlicher Natur und nicht um eine Konferenz abschließender oder bindender Charakters handelt. Dass die Reichsregierung entschlossen habe, den Widerruf der Kriegsschuldfrage amtlich durch ein schriftliches Dokument gegenüber den Entente-Mächten zu erklären, bedeutet einen Fortschritt. Wenn in ihren Antworten England und Frankreich an ihrem Standpunkt in der Kriegsschuldfrage unter Berufung auf den Vertrag festhielten, so sei das zu erwarten gewesen, aber die Entente-Mächte müssten nun mehr wünschen, daß für die Zukunft Deutschlands das ursprüngliche Schuldbekenntnis des Versailler Vertrages nicht mehr anerkannt, und ebenso sollten sich die Entente-Mächte darüber klar sein, daß keine deutsche Regierung flüchtig mehr in der Lage sein wird, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, die von dieser feierlich verworfenen Basis ausgehen. Auch in der Frage der Räumung der Kölner Zone zeige sich nicht das geringste Entgegenkommen. Gewiß, die Räumungsfrage steht mit dem Paktproblem in einem unmittelbaren Zusammenhang, aber daß ein Sicherheitspakt nicht zustande kommt, ehe Deutschland in dieser Frage nicht sein Recht geworden, darüber sollte die Gegenseite sich keinen Zweifel hinterlegen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bedauert, daß es durch eine außerordentlich geschickte und rücksichtlose Taktik, die durch Unentholofenheit auf deutscher Seite leider unterstützt wurden zu sein scheint, Briand gelungen sei, die Veröffentlichung der alliierten Antworten gleichzeitig mit der schon am Sonnabend überreichten deutschen Stellungnahme zur Konferenzeinladung und der dabei überreichten deutschen Verhandlungen zu erreichen. — Die „Deutsche Zeitung“ dokumentiert ihren Standpunkt, indem sie der Veröffentlichung der Notes die Überschrift gibt: „Aufrechterhaltung der Kriegsschuldfrage, trotzdem deutsche Zustimmung zur Konferenz.“ Der „Volks-Anzeiger“ schreibt u.a.: Zwei Dinge, von denen das Kabinett Luther überzeugt war, mussten unbedingt vor Zusammentritt der Ministerkonferenz gesagt werden. Diese sind klar und energisch gefaßt worden, ohne daß böse Rückwirkungen eingetreten wären, ohne daß die Konferenz daran geschwacht wäre, ohne daß die Atmosphäre dadurch getrübt worden wäre, ein Vierergesetz, ein sehr behrrender: Man braucht uns. Man ist daher gezwungen, auf den deutschen Standpunkt Rücksicht zu nehmen. Wir werden also diesen deutschen Standpunkt auch in allen noch übrigen strittigen Fragen mit größter Seelenruhe in gleicher Entscheidlichkeit zur Geltung bringen können, ohne daß uns das schadet, aber dann kommt vielleicht der Sicherheitspakt nicht zustande, vielleicht geht nicht, aber die Zeit läuft für uns, und wenn es dazu käme, würde man die Erfahrung machen, daß uns auf einer zweiten Konferenz gern gezeigt würde, was man etwa auf der von Locarno zu zählen sich noch gewollt hätte.

Die „Berliner Börsezeitung“ sagt: Es wäre überflüssig, einen Sicherheitspakt abzuschließen, wenn nur kleine Augenblicke erreicht werden, ohne daß jene deutschen Vorstellungen, die in erster Linie dem Rheinlande schnelle Erleichterung bringen sollen, erfüllt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, die deutsch-nationalen Forderungen hätten zu einem Misserfolg und zur Schwächung der deutschen Position geführt. In dieselbe Herde hinein die „Germania“ und der „Vorwärts“. Das Zentralblatt gibt an, die Reichsregierung hätte sich in der Kriegsschuldfrage durch das Drängen der Deutschen Nationalen in eine Ecke treiben lassen, aus der sie nicht herauskommen könne, ohne eine Blamage einzustecken. Der „Vorwärts“ gibt an, daß die Regierung mit großer Behutsamkeit diese Aktion unternommen habe.